

Redebeitrag von Herrn Ministerpräsidenten Teufel

(deutscher Bundesrat)

bei der Konventsitzung am 3./4. Oktober 2002

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist : Beginn der Debatte

Anrede

Subsidiarität hat die zentrale Bedeutung für die Europäische Union, von der Herr Präsident Giscard und Herr Mendez de Vigo zu Recht gesprochen hat.

Unter Leitung des Vorsitzenden unserer Arbeitsgruppe ist ein Dokument zustande gekommen, dem ich weithin gerne zustimme.

Ich möchte Herrn Mendez de Vigo dafür Dank und Anerkennung sagen. Das Frühwarnsystem und die Einbindung der nationalen Parlamente ist hervorragend.

Ich hätte mich aber gefreut, wenn sich auch ein eigenes Klagerecht für Regionen mit Gesetzgebungsbefugnis positiv im Abschlussbericht niedergeschlagen hätte.

Daran halten die deutschen Länder unverändert fest. Die Arbeitsgruppe schlägt ein Klagerecht jeder Kammer der nationalen Parlamente vor. Das ist das Mindeste, was wir zur Subsidiaritätskontrolle erreichen müssen.

Sinnvoll wäre ferner eine gerichtliche Kontrolle vor dem Inkrafttreten der Rechtsakte, wie sie auch Elmar Brok in der Arbeitsgruppe gefordert hat.

Alle diese Vorschläge zur Subsidiaritätskontrolle müssen im Zusammenhang mit der Forderung nach einer verbesserten Kompetenzordnung gesehen werden.

Eine wirksame Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips ist untrennbar verbunden mit der Kontrolle des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und der der Einhaltung der Kompetenzordnung.

Für die Vorschläge unseres Abschlussdokumentes bedeutet das ganz konkret: Die nationalen Parlamente müssen im Rahmen des „Frühwarnsystems“ gleichermaßen Verstöße gegen das Subsidiaritätsprinzip, wie auch gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz wie auch gegen die Kompetenzordnung, rügen können.

Dies gilt dann konsequenter Weise auch für die gerichtliche Kontrolle.

Um die Wirksamkeit dieser Kontrolle zu sichern, muss auch über die Kompetenzordnung nachgedacht werden. Viele Kollegen haben - in der Arbeitsgruppe und im Plenum - die Bedeutung einer verbesserten Kompetenzordnung unterstrichen. Hierfür gibt es in der Arbeitsgruppe von Herrn Kollegen Christophersen ganz hervorragende Ansätze.

Damit hängt ein weiterer Gesichtspunkt zusammen. Kompetenzen sind heute oft nicht nur Kompetenzen der Mitgliedstaaten, sondern sie sind innerstaatliche Kompetenzen der Regionen und der Städte und Gemeinden.

Häufig wird gesagt, die Europäische Union sei reformbedürftig, weil ihre Institutionen, die für ursprünglich sechs Mitgliedstaaten konzipiert wurden, den Anforderungen einer Gemeinschaft von bald 25 Mitgliedstaaten nicht mehr gewachsen sein werden.

In den vergangenen 40 Jahren hat sich aber nicht nur die Zahl der Mitgliedstaaten verändert, sondern auch ihre innere Struktur. In verschiedenen Mitgliedstaaten wurden den Regionen gesetzgebende Befugnisse übertragen. In Deutschland haben die Länder Staatscharakter.

Ich halte es deswegen für wichtig, die Rolle der Regionen in der künftigen europäischen Verfassungsordnung im Konvent zu diskutieren.